

Energie- + Antiatompolitik in 1998/99

-Wir müssen wieder von unten anfangen-

In Berlin streiten sich Rote und Grüne, ob die Atomkraftwerke noch 30 - x oder 30 + x Jahre laufen sollen. Was für ein absurdes Theater! Wie kann ein bis zum Herbst 2002 gewähltes Parlament dies entscheiden? Das Schauspiel ist nur für Leichtgläubige gedacht. Informierte Insider hingegen sind längst verzweifelt (bzw. die Atomindustrie lacht sich ins Fäustchen), denn die Roten + die Grünen können nicht einmal mehr die Weichen für einen Ausstieg aus der Atompolitik stellen. Dafür sind in den zurückliegenden Monaten zu viele große Fehler von dieser Bundesregierung und den sie tragenden Parteien gemacht worden. Vielleicht können sie einen Scheinerfolg erzielen, indem ein oder zwei alte und wegen steigenden Reparaturbedarfs unwirtschaftliche AKWs abgeschaltet werden. Bei den großen Kraftwerksüberkapazitäten in Deutschland und Europa ist dies kein Problem - sondern sogar wirtschaftlich sinnvoll.

Gegenwärtig wird von der Bundesregierung wissentlich oder fahrlässig eine Doppelsperre gegen den Atomausstieg errichtet:

1. Die Öffentlichkeit wird verständlicherweise sagen, warum sollen wir unsere AKWs stilllegen, wenn gleichzeitig mit deutschen Steuergeldern in viel unsicheren Ländern wie der Ukraine neue AKWs gebaut werden;
2. In spätestens 2-3 Jahren wird deutlich werden, daß Deutschland das zugesagte CO₂-Minderungsziel nicht einhalten wird und mit Hinweis darauf wird man die Stilllegung von AKWs als jetzt nicht zeitgemäß bezeichnen.

Was sollen wir UmweltschützerInnen tun?

Wir dürfen nicht mehr darauf vertrauen, daß die von vielen von uns ins Amt gewählte Bundesregierung ernsthaft, ehrlich und erfolgreich für unser Umweltschutzanliegen arbeitet. Wir müssen den Konflikt bei der nicht lösbaren Atommüllfrage (vermutlich im Januar/Februar 2000 wird Trittin den nächsten Castortransport genehmigen und die niedersächsische Polizei den Auftrag erhalten ihn nach Gorleben durchzuprügeln) deutlich machen und zuspitzen und wir müssen erneut umweltpolitische Basisarbeit leisten.

Wichtig dabei ist:

- ① Wiedermal und beharrlich klar zu machen, inwiefern der Betrieb von AKWs wegen der unverantwortlichen Atommüllproduktion und der unvorstellbaren Auswirkungen eines großen Unfalls nicht zu verantworten ist;
- ② Aufzuzeigen, daß der Atomausstieg unbedingt einhergehen muß mit einer Energiewende, die neben der Stromproduktion auch die Bereiche Bauleitplanung, Wärme und Verkehr umfassen muß;
- ③ Darzulegen, wie Schritt für Schritt und sogar ohne Wohlstandsverluste 1. der sofortige Ausstieg aus der schlimmen Plutoniumproduktion in den fälschlich Wiederaufbereitungsanlagen genannten Fabriken notwendig und rechtlich + politisch möglich ist, 2. über eine wirkliche *Ökologisch-Soziale Steuerreform* wichtige Rahmenbedingungen für eine Energiewende geschaffen werden können und müssen, 3. die Subventionierung der Atomstromproduktion via Begrenzung der Haftpflicht und der steuerlichen Privilegierung der an und für sich notwendigen Rückstellungen zu beenden ist, 4. der Atomkraftausstieg kraftwerksmäßig + energiewirtschaftlich ohne ausgehende Lichter und ohne Atomstromimporte sehr schnell (sogar sofort) möglich ist;
- ④ daß wir endlich auch in UmweltschützerInnenkreisen strategisches und hinter den Kulissen abgestimmtes Vorgehen lernen und für unsere Anliegen wieder beharrlich um Mehrheiten in der Gesellschaft werben!

Raimund